

# AUFRUF

## Nein zum Bundeshaushalt – Nein zum Aufrüstungsprogramm und der sozialen Demontage

**25. November 2023 um 13 Uhr**  
**Auftaktkundgebung vor dem Brandenburger Tor**

**Der ver.di Landesbezirksfachbereichsvorstand A Berlin-Brandenburg unterstützt (und ruft alle ver.di Mitglieder und Kolleginnen und Kollegen ebenfalls dazu auf) die Demonstration und Kundgebung "Nein zu den Kriegen - Rüstungswahnsinn stoppen - Zukunft friedlich und gerecht gestalten" am 25. November 2023, anlässlich der Verabschiedung des Bundeshaushaltes. (<https://nie-wieder-krieg.org/>)**

In dem Aufruf heißt es:

*„Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, Unterstützung für Kinder und bezahlbare Mieten, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind dagegen durch dramatische Mittelkürzungen bedroht. Für immer mehr Menschen zeichnet sich eine soziale und ökonomische Katastrophe ab.“*

Zum Bundeshaushalt erklärte Frank Wernecke auf dem Bundeskongress: *„Hier steht die gesamte Bundesregierung und die sie tragenden Parteien insgesamt in der Verantwortung. Hier läuft ... etwas grundsätzlich falsch.“*

Und er nennt als Beispiel das Inflationsausgleichsgesetz des Bundesfinanzministers Lindner (FDP), welches hauptsächlich *„für die oberen Einkommen“* dient und *„unserem Gemeinwesen Einnahmeherausfälle von insgesamt 33 Milliarden Euro“* beschert. *„Das ist das Gegenteil von sozialer Politik.“*

Es gibt also genügend Gründe gegen den Bundeshaushalt zu demonstrieren.

Wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht bereit, für Aufrüstungspolitik, Inflation und Profitwirtschaft mit unseren erkämpften sozialen und tariflichen Errungenschaften, mit Reallohnverlust und Lohndumping durch Ausgründung in prekäre Arbeitsverhältnisse zu bezahlen. Wir verteidigen unsere soziale Existenz und die unserer Familien gegenüber den Maßnahmen der Bundesregierung.

### **Wir fordern:**

Statt Aufrüstungshaushalt und Waffenlieferungen brauchen wir die Milliarden Euro für ausreichendes Personal in den Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge, für bezahlbare Mieten durch sozialen Wohnungsbau, bezahlbaren ÖPNV und ökologisch nachhaltige Verkehrsinfrastruktur!

**Beschluss des ver.di Landesbezirksfachbereichsvorstand A Berlin-Brandenburg**

#### **Impressum**

ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg | Fachbereich Finanzdienste, Kommunikation und Technologie,  
Kultur, Ver- und Entsorgung | Köpenicker Str. 30 | 10179 Berlin

